

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Telegraphische
Adressen:
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Postfach
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 65.

Montag, 20. März 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Kupon-Kassa für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanthenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Tagesgeschichte.

Es wird noch länger als vier Wochen dauern, ehe die endgültige Entscheidung über die Militärorlage erfolgt indes ist man gegenwärtig fast ausnahmslos der Ansicht, daß eine Verständigung zwischen Regierung und Parteien nicht erzielt wird und daß es mithin zur Reichstagsauflösung kommen wird. Wie das Volk das entscheiden wird, kann Niemand sagen. „Die es am besten wissen können“, so führte der Abg. v. Bennigsen in der Commission aus, „meinen, daß dann diese Vorlage noch viel weniger Aussicht haben wird und auch auf anderen Gebieten die Opposition stärker hervortreten wird. In die Folgen wird deshalb nicht bloß der Reichstag, sondern auch die Regierung hineingezogen. Infolge des wirtschaftlichen Niederganges wird eine Auflösung aus vielen Gründen Unruhe und Unsicherheit bringen. Es ist eine moderne Agitation entstanden, die man früher in dieser Weise nicht kannte. Einzelne Parteien sind von innerer Zerlegung ergriffen. So wird eine Auflösung ein wüstes Bild von Verwirrung und Verwilderung ergeben, wie man es früher auch bei dem schärfsten demagogischen Treiben nicht gekannt hat. In welche Stellung gerät dann die Regierung! Das ist von ebenso acuter Wichtigkeit, wie ihr Verhältnis zu den auswärtigen Mächten... Recht starke Regierungen haben früher weit mehr dem Reichstage nachgegeben. Sollte es diesmal nicht der Fall sein, so erfüllt mich die Sorge, daß wir in Deutschland in ganz unabsehbare Konflikte hineinträfen, derart, daß es mir zweifelhaft wird, ob wir noch bei unseren Lebzeiten wieder in geordnete Zustände gelangen können. — Wenn man auch die Schilderung von den Folgen einer Reichstagsauflösung als zureichend anerkennt, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß ein Nachgeben der Regierung im Sinne des Herrn v. Bennigsen die Schwierigkeiten keineswegs heben würde; denn auch der Bennigsen'sche Vermittlungsantrag ist von der Commission mit großer Mehrheit abgelehnt worden. — Selbstverständlich ergeben sich nun die Blätter aller Parteistellungen über die Möglichkeit, aus der gegenwärtig verworrenen Lage herauszukommen. Der Reichstagsleiter hatte gehofft, zwischen der ersten und zweiten Lesung in der Commission werde von den Parteien unter sich der Versuch einer Einigung in dem Sinne gemacht werden, daß der Regierung ein annehmbares Angebot hätte unterbreitet werden können, das im Großen und Ganzen der Regierungsforderung gerecht wird. Das ist nicht erfolgt. Eine solche Vermittlung ist nun zwar noch bis zu den Plenarverhandlungen des Reichstages möglich, aber keineswegs wahrscheinlich. — Verschiedene Blätter ziehen die Reichstagsauflösung als dann unbedingt erfolgend in Betracht; andere meinen, Graf Caprivi würde zurücktreten. Ferner wird auch die Ansicht ausgesprochen, wenn im Reichstag die Vorlage abgelehnt wird, würde die Reichsregierung die Angelegenheit bis zur nächsten Session vertagen und alsdann eine neue Vorlage einbringen. Graf Caprivi hat sich noch nicht darüber geäußert, welchen Weg er einzuschlagen beabsichtigt. — Es giebt für die Reichsregierung keine verfassungsgemäße Möglichkeit, ihr Ziel ohne Zustimmung des Reichstages zu erreichen. Der gegenwärtige Reichstag stimmt nicht für die Militärvorlage, nicht einmal für die Bennigsen'schen Vermittlungs-vorschläge. Ob ein neuer Reichstag willfähriger sein wird, läßt sich mit einiger Sicherheit im Voraus weder verneinen, noch bejahen. Es kommt eben auf die Probe an; aber die Probe würde furchtbare Kämpfe auch auf anderen Gebieten als dem rein militärischen entfesseln.

Deutsches Reich. Der Kaiser wird sich in den nächsten Tagen noch einmal nach dem Jüterbogter Schießplatz begeben, um dort einem Versuchsschießen beizuwohnen. Es soll nämlich an befestigten eisernen Panzerplatten von außergewöhnlicher Schwere, die auf Marmorblöcken und Eisenfüßen ruhen, die Durchschlagkraft der Geschosse erprobt werden. 300 Meter vom Ziele entfernt wird für den Kaiser zwecks eigener Beobachtung ein Sicherheitsstand errichtet.

Der Reichstag wird sich noch in der gegenwärtigen Tagung mit einem Gesetzentwurf über den Schutz der Waarenbezeichnungen beschäftigen, der bestimmt ist, an Stelle des Marken- und Schutzgesetzes vom 30. November 1874 zu treten. Mit der Neuregelung des Waarenzeichenschutzes hofft man auch eine häufigere Benutzung des Zeichenschutzes herbeiführen zu können. Die Gesamtzahl der bisher auf Grund des Marken- und Schutzgesetzes eingetragenen Zeichen ist nicht sehr beträchtlich.

Vom Inkrafttreten des genannten Gesetzes bis zu Ende 1891 sind insgesamt 19 954 Zeichen eingetragen, wovon 16 134 auf Inländer und 3820 auf Ausländer entfielen. Die gewerbliche Gruppe der Nahrungs- und Genussmittel hat den größten Antheil an diesen Eintragungen.

Gegen das Reichsverschuldungsgesetz hat der Centralverein der homöopathischen Aerzte eine Petition an den Reichstag eingereicht.

Die zweite bethische Kammer nahm gegen die Stimmen des Centrums den Antrag auf Einführung der fakultativen Feuerbestattungen an. Die Regierung bekämpfte den Antrag sehr energisch.

Der bereits erwähnte Judenantrag unseres Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Briesen ist der erste Schritt, der zur praktischen Lösung der Judenfrage gethan wird. In der Praxis würde das Einwanderungsverbot vornehmlich polnische und russische Juden betreffen, ein Element, dessen Fernhaltung besonders dringend zu wünschen ist. Ein Anderes ist aber die rechtliche Frage, inwieweit die Verträge mit dem Ausland einem allgemeinen Einwanderungsverbot im Wege stehen, insofern sie Gleichberechtigung der beiderseitigen Unterthanen zusichern und nur die Ausschließung „lästiger“ Staatsangehöriger zulassen. Die jüdenfreundliche „Nat.-Ztg.“ bemerkt übrigens bezüglich der jüdischen Einwanderung aus Orien: „Hier handelt es sich unzweifelhaft vielfach um Elemente, nach denen man in Deutschland kein Verlangen tragen kann und nach denen, wie wir glauben, auch die große Mehrheit der deutschen Juden kein Verlangen trägt.“

Vom Reichstag. Der Reichstag beriet vorgestern die Novelle zum Militärpensionsgesetz. Kriegsminister von Kattenborn führte aus, die Vorlage solle die Härten des Militärpensionsgesetzes beseitigen. Die Vorlage berücksichtige zwei Wünsche, welche der Reichstag im März 1882 kundgegeben habe. Der dritte Wunsch solle den Gegenstand eines besonderen Gesetzes bilden, welches dem Reichstage nach den Osterferien zugehen werde. Die Abgg. Pieschel (national-liberal), Hartmann und Schöning (konservativ) erkennen an, daß die Vorlage viele Verbesserungen enthalte, begrüßte den angekündigten Gesetzentwurf, betr. die Erhöhung der Pensionen für die Invaliden aus den Kriegen von 1870/71 und legte einzelne weitergehende Wünsche bezüglich der Erhöhung der Bezüge vor. Abg. Seelig (freisinnig) befürwortet die Berücksichtigung der ehemals schleswig-holsteinischen Offiziere. General v. Spitz wies darauf hin, daß die Vorlage den Wünschen des Vorredners theilweise Rechnung trage. Die Abgg. Gröber (Centrum) und Gütlingen (Reichspartei) begrüßte die Vorlage und beantragte, sie der Budgetkommission zu überweisen. Abg. Schmidt (Socialdemokrat) wünschte die Ausdehnung des Begriffes der Invalidität. Abg. Richter hob hervor, daß die vorgebrachten Wünsche große Kosten verursachen würden. Aus den Pensionierungen in Folge der Unmöglichkeit eines Abkommens entspringe eine große Pensionslast. Abg. Menzer (konservativ) empfahl, dem Gesetze rückwirkende Kraft zu verleihen. Abg. Ossau (national-liberal) wünschte, daß die Hinterbliebenen von Invaliden reichlicher bedacht werden, und zwar aus den Invalidenfonds, der ja nicht aus den Mitteln der Steuerzahler aufgebracht sei. An der weiteren Debatte theilnahmen sich die Abg. Douglas (konservativ), Liebermann, Ahlwardt (Antisemiten), die besonders die Äußerungen des Abg. Richter bekämpfte. Abg. Ahlwardt befürwortete die progressive Einkommensteuer; dadurch werde man ohne Belastung der mittleren Schichten ein Mittel zur Fürsorge für die Militärintvaliden erlangen. Der Invalidenfonds hätte höher bemessen werden müssen. Abg. Richter trat den Darlegungen Ahlwardts entgegen. Letzterer ward wegen einer ungebührlichen Bemerkung zur Ordnung gerufen. Darauf wurde die Militärpensionsnovelle der Budget überwiefen. Der Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung des Zollprovisoriums mit Rumänien und Spanien wurde ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen. Eine Anzahl von Petitionen wurde entsprechend den Kommissionsanträgen erledigt. Die Petition, betreffend die Abänderung des Handelsgeheimnisses, der Gewerbeordnung, der Weisprozeßordnung und der Konkursordnung wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

Frankreich. Jules Ferry ist am Freitag Abend, wo wir unter den Telegramm der vorigen Nummer meldeten plötzlich gestorben. Er hat ein Alter von nur 61 Jahren erreicht; unter Napoleon der Opposition angehörig, wurde er 1870 Mitglied der Regierung der nationalen Verteidigung, war später verschiedene Male Minister, kam dann in Verzug wegen der Tonin-Expedition, in Wirklichkeit aber, weil er bessere Beziehungen zu Deutschland anbahnen wollte, und galt seitdem fast als politisch todt, bis ihn vor drei Wochen der Senat zu seinem Präsidenten wählte. Er war der Nächste zum Präsidentensessel der Republik — nun hat der Tod diesem Streber ein jähes Ende bereitet.

Oesterreich-Ungarn. Dem zurückgetretenen Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses v. Smolka wurde von der Volksvertretung eine Ehrenrenten von jährlich 7200 Gulden bewilligt.

England. Der Herzog von Abercorn, Lord Londonderry und andere hervorragende Persönlichkeiten haben einen Aufruf erlassen, in dem zur Organisation eines Abwehrbundes gegen die Damerulo-Bill aufgefordert wird.

Schweiz. Nach langer Erörterung hat der Nationalrath mit 69 gegen 42 Stimmen den Bundesrath ermächtigt, den Eisenbahnen die Einführung der mitteleuropäischen Zeit zu gestatten. Gleichzeitig wird sie für die Post und Telegraph angewendet. Der Antrag, das gesamte Schweizer-Volk über die Einführung der neuen Zeit abstimmen zu lassen, wurde mit 59 gegen 52 Stimmen verworfen. Die französisch sprechenden Abgeordneten stimmten, die französisch Zeit vorziehend, geschlossen gegen mitteleuropäische Zeit. Die schweizerischen Verkehrsanstalten werden voraussichtlich bei dem am 1. Juni in Kraft tretenden Sommerfahrplan die neue Zeit anwenden.

Deutliches und Sächsisches.

Riesa, 20. März 1893.

Nachdem am Sonnabend die Einfache Mädchenschule mit den diesjährigen öffentlichen Schulprüfungen den Anfang gemacht hatte, folgte am Sonntag Vormittag die Gewerbliche Fortbildungsschule. Die Prüfungen in derselben wurden von dem Königl. Gewerbeakademikerpfektor Herrn Entle aus Dresden, sowie von dem Königl. Bezirksschulinspektor Herrn Dr. Gelbe aus Großenhain mit ihrer Gegenwart beehrt. Ebenso wohnten mehrere Lehrmeister bez. Eltern der Lehrlinge und Freunde der Anstalt derselben bei. Behandelt wurden in der 3. Klasse der Wald und sein Einfluß auf das Klima, die Temperatur, die Boden- und wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes, in der 2. Klasse Inhalt und Form der Geschäftsbriefe, in der 1. Klasse Kostenanschläge und Kaufverträge. Die Ergebnisse der mündlichen Prüfungen waren im Ganzen recht befriedigende. Bezüglich der ausgestellten Zeichnungen lautete das Urtheil des Herrn Gewerbeakademikerpfektor Entle dahin, daß die Rieser Schule auf dem rechten Wege bestehe. Nicht minder befriedigend waren die Jenjuren der Schüler sowohl im Verhalten als auch in den Leistungen und Fortschritten. Als eine sehr erfreuliche Thatsache konnte konstatiert werden, daß die Schulverhältnisse gegen früher wesentlich abgenommen haben, wenn auch in einzelnen Fällen noch zu wünschen übrig bleibt. Von den 29 Schülern der 1. Klasse hatten 15, von den Abgehenden 3 Schülern überhaupt keinen Tag verjäumt. Dank der Unterstützung des hiesigen Gewerbevereins und anderer Gönner war es auch diesmal möglich gewesen, 8 Schüler durch Bächerprämien auszuzeichnen. Man kann über diese Prämien getheilte Meinung sein, sicher ist, daß sie den damit bedachten Schülern eine große Freude bereiten und die übrigen Schüler zum Betteifer und zu einem tadellosen Verhalten anspornen. Aus diesem Grunde hat auch der Gewerbeverein in der früheren von ihm gegründeten und geleiteten Sonntagschule an dieser Stelle stets festzuhalten, und läßt es sich noch heute nicht nehmen, jährlich einen Beitrag für diesen Zweck aus seinen Mitteln zu spenden. Es ist sehr zu wünschen, daß auch die Innungen es sich angelegen sein ließen, durch Geldmittel die Zwecke der Anstalt mehr zu fördern, als dies bisher geschehen, um so mehr, als die Stadt für die Gewerbliche Fortbildungsschule eine nicht unbeträchtliche Summe aufzuwenden hat. 3 Schülern von den Abgehenden hatte wegen ihres Fleißes und Wohlverhaltens ein Belobigungsbefehl zuerkannt werden können; 1 Schüler, der nur den Zeichenunterricht besucht